

Integration
Integration
Integration
Integration
Integration
Integration
Integration

Leitlinien für Integration und
Zusammenleben in Dietzenbach

CDU

Leitlinien der
Dietzenbacher **CDU**
für Integration und Zusammenleben
in unserer Stadt

Einstimmig verabschiedet auf der
Mitgliederversammlung der Dietzenbacher CDU
am 2. Dezember 2003.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
2. Historische Situation	7
3. Folgen für die Dietzenbacher	9
4. Alternativen für die Zukunft	11
a) Sozialisierung	12
b) Integration	13
5. Konkrete Schritte für ein Dietzenbach mit Zukunft	15
a) Bildung und Ausbildung	15
b) Miteinander statt nebeneinander leben	16
c) Unterstützung Dietzenbachs durch Kreis, Bund und Land	18
d) Eigentum verpflichtet	19
6. Schlusswort	20

1. Einleitung

Unsere Stadt hat in den vergangenen Jahren nach langer Stagnation einen entscheidenden Aufschwung genommen: Der Hessentag, die Ernennung zur Kreisstadt und die Anbindung an das S-Bahn-Netz der Rhein-Main-Region sind die wesentlichen Faktoren, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben.

Die genannten Erfolge haben Stillstand und sogar Rückschritte an anderer Stelle in den Hintergrund gedrängt, insbesondere beim Thema Integration unserer ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Hier ist seit Jahren kein echter Fortschritt zu beobachten, die Tendenz zur Abgrenzung von der neuen Heimat verstärkt sich eher wieder.

Wir, die CDU Dietzenbach, sehen es aber als unsere Aufgabe an, die Integration der Mitbürgerinnen und Mitbürger* ausländischer Herkunft zu fordern und auch zu fördern. Dazu müssen alle in unserer Stadt ihren Beitrag leisten, sei es indem sie Verständnis füreinander aufbringen auf dem nicht immer spannungsfreien Weg, oder aber dadurch, dass finanzielle Opfer zu leisten sind.

* Nachfolgend verwenden wir bei der Beschreibung von Personengruppen aus Gründen der Übersichtlichkeit jeweils nur die männliche Form. Der jeweilige Begriff bezieht sich aber immer auf beide Gruppen, also sowohl auf Frauen als auch auf Männer.

2. Historische Situation

Dietzenbach als Siedlungsschwerpunkt in der Rhein-Main-Region verzeichnete bereits in den sechziger Jahren den Zuzug von sog. Gastarbeitern. Sie kamen anfänglich vor allem aus Italien und Griechenland.

Durch den Bau immer neuer Hochhausgebiete zwischen 1970 und 1980, deren Entstehung mit der Wirtschaftskrise der späten Siebziger zusammen fiel, nahm der Zuwanderungsdruck erheblich zu, insbesondere nachdem die fünf Hochhäuser des östlichen Teils des Spessartviertels gelegenen Wohnparks in den Jahren 1973 und 1974 als Bauherrenmodell verkauft wurden. Die Fertigstellung der Anlage fiel zusammen mit der Verlangsamung der Wirtschaftsentwicklung. Die Wohnungen stellten sich anschließend als nur schwer vermietbar heraus. Um Mieter zu gewinnen wurden die Wohnungen zukünftigen Mieter mit einer drei- bis sechsmonatigen Mietfreiheit angeboten. Dies führte dazu, dass vor allem sozial schwächer gestellte, ausländische Familien in die Wohnungen einzogen. Die Grundlagen für die heute bestehenden Probleme und die Gettoisierung des Viertels wurden damit bereits Anfang der achtziger Jahre gelegt.

Parallel dazu entstand an der Messenhäuser Straße ein zweites problematisches Wohnviertel, in dem heute faktisch zu 100 % Ausländer wohnen. Diese Hochhäuser unterscheiden sich vom ehemaligen Starkenburgring dadurch, dass sie im Besitz eines einzelnen Eigentümers sind. In den letzten Jahren kommt es zusätzlich zu zunehmendem Druck

auch auf bisher von sozialen Problemen verschonte Wohnviertel. So weisen erste Hochhäuser in Steinberg und im Bereich Tal- und Dreieichstraße eine wachsende Zahl von Zuwandererfamilien auf und drohen damit ebenfalls zu sozialen Brennpunkten abzurutschen. Gleiches gilt für einzelne Wohnblocks des Geschosswohnungsbaus in der sog. „Neuen Stadtmitte“.

Der Anteil der Dietzenbacher ausländischer Herkunft stabilisierte sich allerdings in den neunziger Jahren je nach Definition bei ca. 30 Prozent. Der verstärkte Zuzug von Neubürgern mit deutschstämmigem Hintergrund in die Neubaugebiete und die erfolgten Einbürgerungen, die per se aber nicht unbedingt zu einer besseren Integration führten, haben den Anteil seit dem Jahr 2000 auf nunmehr rund 27 Prozent sinken lassen.

Während sich die Einwanderer der „ersten Stunde“, Griechen und Italiener, ebenso wie jene aus Spanien, Portugal und dem ehemaligen Jugoslawien weitgehend integriert haben, kann davon bei den heute größten Einwanderergruppen, Türken und Marokkanern, überwiegend keine Rede sein. Sie stellen derzeit an den ausländischen Mitbürgern zusammen mit jenen, die aus Pakistan und Afghanistan stammen, einen Anteil von über 50 Prozent.

Ihre Situation ist in vielen Fällen geprägt von einem weit unterdurchschnittlichen sozialen Niveau, schlechter Bildung, mangelnden deutschen Sprachkenntnissen insbesondere auch bei den nicht-berufstätigen Frauen und einer generell starken Abschottung vom allgemeinen Dietzenbacher Leben in allen Lebensbereichen.

3. Folgen für die Dietzenbacher

Die zuvor beschriebene soziale Schieflage zieht Konsequenzen für alle Dietzenbacher nach sich:

- Zumindest das subjektive Sicherheitsgefühl leidet, wenn z.B. insbesondere männliche ausländische Jugendliche in der Altstadt „herumlungen“. Es kommt zu einer überdurchschnittlichen Zahl von Belästigungen, sowie von Kleinkriminalität.
- Immer wieder müssen Initiativen und Projekte im Jugendbereich abgebrochen oder reglementiert werden, weil es zu Konflikten mit ausländischen Jugendlichen kommt: Beispiele hierfür gibt es beim Cafe 33, der Wolke 7, bei Diskoveranstaltungen, bei der Arbeit im Jugendhaus.
- Die Qualität der Schulausbildung wird von Eltern bei einem Ausländeranteil, der in den Schulklassen zwischen 60 und 100 % variiert, als schlechter als in vergleichbaren Städten angesehen.
- Dies hat zur Folge, dass überdurchschnittlich viele junge Familien wegziehen, wenn die Kinder das Kindergartenalter, spätestens das Einschulungsalter erreichen. Diese fehlen dann als Steuerzahler, aber auch um das gesellschaftliche Gefüge in der Stadt in der Balance zu halten.

- Die bereits beschriebene Veränderung von Stadtvierteln und Wohnblocks durch einen verstärkten Zuzug von Menschen ausländischer Herkunft geht häufig einher mit einer erschwerten Verkaufbarkeit der Immobilien und in jedem Fall mit einem rapide zunehmenden Wertverlust für die derzeitigen Eigentümer. Aber auch in der Gesamtstadt entwickelt sich der Wert von Immobilien im Vergleich zu anderen Städten im Umkreis deutlich schlechter, obwohl Dietzenbach an sich sehr viele Vorteile gegenüber umliegenden Städten und Gemeinden bietet.
- Die Stadt muss erheblich mehr als vergleichbare Städte im Umkreis (Steuer-)Gelder dafür aufwenden, die Folgen der unkontrollierten Zuwanderung zu finanzieren. Dieses Geld fehlt für andere Projekte.

4. Alternativen für die Zukunft

Die beschriebenen Probleme müssen nach Ansicht der CDU Dietzenbach offensiv, ehrlich und vertrauensvoll angegangen werden.

Unserer Meinung nach gibt es mittel- und langfristig zwei Alternativen für unsere Stadt:

Die eine ist, die im Ansatz bereits vorhandene Gettoisierung der ausländischen Mitbürger hinzunehmen und den Drang hin zu Parallelgesellschaften, wie sie in unserer Stadt heute schon existieren, zu ignorieren, in der Hoffnung, dass, wenn man sich möglichst wenig begegnet, es auch weniger Konflikte gibt.

Die andere Alternative ist, ausdauernd dafür einzutreten, dass es langfristig zu einer vollständigen Integration der Menschen ausländischer Herkunft kommt. Wir als CDU Dietzenbach haben uns für diesen zweiten Weg entschieden, weil wir glauben, dass nur er den sozialen Frieden in unserer Stadt nachhaltig stärkt und somit ein friedliches Zusammenleben zwischen den Menschen unterschiedlicher Herkunft ermöglicht.

Nachfolgend ist beschrieben, wie wir uns diesen Weg vorstellen. Er ist nicht leicht, verlangt insbesondere auch von jenen, die aus dem Ausland kamen und nun in Dietzenbach eine neue Heimat suchen und vielleicht auch schon fanden, einiges ab.

Unser Konzept: Wege hin zu einer ernst gemeinten „Integration“

Aus unserer Sicht sind es zwei Schritte, die auf dem Weg hin zu einem trag- und zukunftsfähigen Dietzenbach beschritten werden müssen. Diese sind

a) Sozialisierung

In dem, was wir unter Sozialisierung verstehen, sehen wir den ersten Schritt hin zur Bildung einer besseren gemeinsamen Basis zwischen den Dietzenbachern deutscher Herkunft und den Zuwanderern. Dies kann nur funktionieren, wenn das soziale Niveau der Zuwanderer auf ein höheres Maß angehoben wird. Nachfolgend ist in Stichworten dargestellt, auf welche Felder hierzu besonders Wert gelegt werden muss:

- auf Sprache
- auf Bildung
- auf Schaffung von (Wohn-)Eigentum
- durch Einbürgerung und die aktive Beteiligung an der Gestaltung der demokratischen Gesellschaft
- durch Verständnis für die Kultur des neuen Heimatlandes

b) Integration

Wenn möglichst viele Schritte im Rahmen der Sozialisierung angegangen sind, kann vom Start einer echten Integration der Zuwanderer die Rede sein. Wir erteilen dabei dem rot-grünen Konzept einer Schaffung von Parallelgesellschaften, darunter verstehen wir eindeutig auch die Forderung nach der Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft, eine deutliche Absage.

Wir als Dietzenbacher Christdemokraten verstehen darunter die gesellschaftliche Einheit auf der Grundlage einer gemeinsamen Wertebasis. Die wollen wir nicht als künstliches Neu-Konstrukt, das allen Alles bietet. Vielmehr soll sie auf den in Jahrhunderten herausgebildeten und insbesondere in den Verfassungen der Bundesrepublik und Hessens festgelegten humanistisch-christlichen Grundlagen unserer Gesellschaft stehen.

Eine Absage erteilen wir in diesem Zusammenhang aber ausdrücklich jedem extremem Gedankengut und auch möglichen Alleinvertretungsansprüchen einzelner Weltanschauungen oder Religionen.

Wir erwarten auch die aktive Unterstützung und Beteiligung der kulturellen, sozialen und religiösen Autoritäten der Einwanderer. Sie haben die Aufgabe, bei den von ihnen Vertretenen das Interesse dafür zu wecken, aktive Staatsbürger werden zu wollen und sich in die Entwicklung der Gesellschaft mit einzubringen.

Am Ende des Weges sollen sich Dietzenbacher dann nicht mehr durch Sprache, soziale Stellung oder durch ihre Chancen in der Gesellschaft unterscheiden. Ihre unterschiedliche Herkunft wird sich dann höchstens noch an den Namen, den sie tragen oder durch die Religion, die sie ausüben, zeigen.

Wir wissen, dass ein solcher Prozess nicht von heute auf morgen zu schaffen ist. Als realistischen Zeitraum setzen wir uns deshalb mindestens zehn Jahre. Das Erkennen und Benennen der Fehlentwicklungen und das gemeinsame Erarbeiten von Problemlösungen sollten sofort beginnen und nicht aus Bequemlichkeit oder Geldmangel auf die lange Bank geschoben werden.

5. Konkrete Schritte für ein Dietzenbach mit Zukunft

a) Bildung und Ausbildung

- Verpflichtende Sprachförderung für Mütter und Kinder, bei letzteren schon vor dem Kindergartenalter.
- Intensiver Sprachunterricht und -tests vor einer Einbürgerung.
- Verpflichtende Betreuungsangebote wie Hausaufgabenhilfe oder andere Nachmittagsangebote für Schüler, die sozial benachteiligt oder auffällig sind bzw. unzureichende Sprachkenntnisse haben.
- Hilfestellung für Jugendliche mit ausländischem Hintergrund bei Bewerbung und Ausbildung. Hier leistet bereits jetzt das JUZ eine erste, wichtige Hilfestellung.
- Einbeziehung von arbeitslosen Sozialhilfeempfängern. Diese wollen wir, wenn immer es die persönliche Situation zulässt, verpflichtend mit regelmäßiger gemeinnütziger Arbeit einbinden. So könnte z.B. ein Programm initiiert werden, das einen halbtags durchgeführten Sprachunterricht verbindet mit gemeinnützigen Tätigkeiten während der anderen Tageshälfte. Eine Nichtteilnahme wird mit Sanktionen finanzieller Art geahndet.

b) Miteinander statt nebeneinander leben

Dazu fordern wir:

- **Keine Bebauung des „Innenohres“ mit einem Begegnungszentrum**

Wir sind gegen ein separates Begegnungszentrum im Spessartviertel z.B. im „Innenohr des Spessartviertels“, weil wir damit rechnen, dass es nur von Menschen ausländischer Herkunft genutzt würde. Sollte es eine begründete Notwendigkeit für Sozialräume im Bereich des Spessartviertels geben, sind diese vorübergehend z.B. in leerstehenden Erdgeschosswohnungen in den Hochhäusern einzurichten.

- **Integration auch beim Feiern**

Die CDU lehnt in städtischer Regie organisierte Feste ab, bei der Einwohner ausländischer Herkunft die hauptsächliche Zielgruppe sind. Als Beispiel sei das „Fest ohne Grenzen“ genannt. Hier befürworten wir eine Integration z.B. in das Trinkbornfest.

- **Politische Beteiligung des Ausländerbeirats (ALB)**

Wir befürworten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen ein Antrags- und Mitspracherecht für den Ausländerbeirat im Stadtparlament und wollen als CDU in einen regelmäßigen Dialog mit ihm und anderen Gruppierungen ausländischer Mitbürger treten. Wir erwarten aber auch, dass die ausländischen Einwohner die ihnen durch den ALB gebotenen Möglichkeiten zur Anteilnahme an politischen Entscheidungsprozessen nutzen.

- **Keine weiteren Moscheen in Dietzenbach**

Für uns hat die Integration der schon zugezogenen Ausländer höchste Priorität. Die CDU lehnt deshalb weitere Moscheebauten in Dietzenbach ab, die Dietzenbach für einen verstärkten Zuzug von Einwanderern attraktiv machen würde.

- **Integration der ausländischen Sportvereine**

Dietzenbach bietet ein vielfältiges Angebot in sportlicher Hinsicht und viele der Traditionsvereine leisten bereits engagierte und vorbildliche Integrationsarbeit. Die spezielle Förderung von weiteren, „landsmannschaftlich“ orientierten Sportvereinen lehnen wir ab, weil eine solche Einrichtung dem Ziel der weitgehenden Integration widersprechen würde. Keinesfalls dürfen Sportanlagen, die ausschließlich von solchen Vereinen genutzt würden, geplant bzw. gebaut werden.

- **Keine doppelte Staatsbürgerschaft**

Eine klare Absage erteilen wir in diesem Umfeld dem Konzept der doppelten Staatsbürgerschaft. Wir erwarten, dass sich Zuwanderer, die sich für ein Leben in Deutschland entscheiden, bei der Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft ihre bisherige dauerhaft aufgeben. Einen Missbrauch durch eine anschließende Neubeantragung der „alten“ Staatsbürgerschaft lehnen wir strikt ab.

c) Unterstützung Dietzenbachs durch Kreis, Land und Bund

Die großen Herausforderungen, vor denen unsere Stadt steht, können nicht alleine von den Bürgern unserer Stadt, von der städtischen Verwaltung und von den lokalen politischen Gremien geschultert werden. Deshalb wünschen wir uns, ja fordern, eine überregionale Unterstützung durch Kreis, Land und Bund. Diese müssen dem Eindruck entgegenwirken, dass sie unsere Stadt schon „abgeschrieben“ haben. Die Unterstützung darf dabei nicht nur verbaler Art sein. Auch finanzielle Mittel müssen hierfür bereitgestellt werden.

Die Probleme Dietzenbachs müssen über Partei- und regionale Grenzen hinweg formuliert und angegangen werden. Hierzu fordern wir die Formulierung eines „Leitbilds 2015“, in dem ein Fahrplan für eine nachhaltige Verbesserung der Situation in der Stadt von allen entscheidenden Gremien und Verwaltungsebenen aufgestellt wird. Dieses Leitbild soll auch eine (Selbst-)Verpflichtung der Beteiligten enthalten, an der Umsetzung mitzuarbeiten.

- Dietzenbach muss sich weiterhin ernsthaft mit der Zukunft des östlichen Spessartviertels auseinandersetzen. Die mit Hilfe des Landes und anderer überregionaler Stellen begonnene Sanierung des östlichen Spessartviertels soll fortgesetzt, allerdings auch laufend auf ihren Erfolg hin überprüft werden. Sollte es Anzeichen geben, dass sie nicht den gewünschten Erfolg bringt, müssen auch Alternativen geprüft werden.

d) Eigentum verpflichtet

Wir erwarten von den Eigentümern von größeren Wohneinheiten und von Gewerbeliegenschaften, dass sie sich an die vom Grundgesetz vorgeschriebene Verpflichtung, die Eigentum mit sich bringt, halten. Es ist nicht akzeptabel, wenn Spekulanten wie die Eigentümer der Wohnanlage an der Messenhäuser Straße sowie anderer Wohnblocks und Mehrfamilienhäuser das Erzielen von Profiten vor die mit dem Eigentum verbundene soziale Verantwortung stellen und damit eine Stadt, in der viele von ihnen nicht wohnen, in dauerhafte Schwierigkeiten bringen.

Die Stadt muss deshalb sämtliche rechtlichen Druckmittel ausnutzen, um für eine Verbesserung des Umfelds in diesen Wohnanlagen zu erreichen und gleichzeitig damit verhindern, dass weitere Eigentümer Skrupel hinsichtlich der Nutzung ihres Eigentums ablegen. Zu den Maßnahmen gegen den Missbrauch von Eigentum gehören:

- Regelmäßige Begehungen der Anlagen durch die Ordnungsbehörden und z. B. die Bauaufsicht, verbunden mit schärfsten Kontrollen.
- Sofortiges rechtliches Vorgehen bei Verstößen gegen Auflagen, Gesetze mit Verhängung höchstmöglicher Bußgelder.
- Keine direkte Auszahlung von Mietzahlungen für Sozialhilfeempfänger an die Vermieter mehr.

Schlusswort

Wir sind zuversichtlich, mit diesen Leitlinien einen wesentlichen Beitrag für ein besseres Zusammenleben in unserer Stadt gemacht zu haben. Die CDU lädt Interessierte und Betroffene zum Dialog und zur aktiven Mitarbeit ein.

Wir sehen dieses Konzept als Vorschlag und stellen uns bewusst auch der inhaltlichen Diskussion über den hier skizzierten Weg. Dabei sind wir bereit, zu lernen und bessere Lösungen und Vorschläge einzuarbeiten. Wir wollen aber ausdrücklich auch nicht zu viele Kompromisse eingehen, die dem großen Ziel auf lange Sicht abträglich wären. Und das ist, ein prosperierendes Gemeinwesen zu schaffen, in dem sich ALLE, die in unserer Stadt Dietzenbach leben wollen, wohlfühlen.